

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

1/Jän.-Feb. 2013

www.gpa-djp.at

**Interview
mit Karl Proyer**

Seite 12

**Arbeit für
AsylwerberInnen**

Seite 16

**Soziale
Arbeit
ist mehr
wert!**

KV-Verhandlungen in der Sozialwirtschaft

ab Seite 4

Inhalt

Thema

- 04 Soziale Arbeit ist mehr wert!
- 08 Interview mit Ruth Simsa
- 10 Kommentar

Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Interview: Karl Proyer zur Kollektivvertragspolitik
- 14 Kurswechsel beim Internationalen Währungsfonds?
- 16 Arbeit für AsylwerberInnen
- 18 Kündigung am Weihnachtstag

Arbeitswelt

- 19 Kurzmeldungen
- 20 Mehr Schutz für die Psyche
- 22 Attraktive Arbeitsplätze für die Forschung

Service

- 23 Kurzmeldungen
- 24 Neu: Transparentes Pensionskonto
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebot
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Bücher und Offenlegung

4



© Nuriith Wagner-Strauss

Soziale Arbeit ist mehr wert!

12



Foto: Nuriith Wagner-Strauss

Interview mit Karl Proyer

16



© Luca Faccio / picturedesk.com

Arbeit für AsylwerberInnen

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer, martin.panholzer@gpa-djp.at, Chefin vom Dienst: Dr. Barbara Lavaud, barbara.lavaud@gpa-djp.at

Redaktion und Anzeigen: Renate Zaunscherb, renate.zaunscherb@gpa-djp.at

Artdirection und Layout: Kerstin Knüpfel Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21 Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudorf

Coverfoto: Nuriith Wagner-Strauss

DVR-Nr. 0046655 ZVR-Nr. 576439352

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Der Wert sozialer Dienstleistungen

Leider ist es mittlerweile fast schon eine Tradition, dass die GPA-djp gemeinsam mit den BetriebsrätInnen und den Beschäftigten Ende Jänner für eine faire Gehaltserhöhung im Gesundheits- und Sozialbereich demonstrieren muss. Jedes Jahr wieder fehlt es an den dafür nötigen finanziellen Mitteln, die von der Politik zur Verfügung gestellt werden sollten. Bereiche wie die Altenpflege, die Hauskrankenpflege, Essen auf Rädern, aber auch Kinderbetreuung oder die Arbeit mit Drogenkranken und mit MigrantInnen fallen mehr und mehr dem Sparstift zum Opfer, da die öffentliche Hand meint, den Gürtel enger schnallen zu müssen.

Dabei ist die Sozialwirtschaft ein Sektor mit hoher Wertschöpfung, der Wirtschaftswachstum erzeugt und noch dazu dafür sorgt, dass der Alltag von Tausenden Menschen reibungslos abläuft. Man stelle sich vor, was das Fehlen einer solchen Infrastruktur für unsere Gesellschaft bedeuten würde – und trotzdem sind jene Menschen, die diese Arbeit unermüdlich leisten, einem immer höheren Arbeitsdruck ausgesetzt und müssen um finanzielle und ideelle Anerkennung ihrer Arbeit kämpfen! Wir haben diesem Sektor daher die aktuelle Coverstory gewidmet. Außerdem erklärt die Soziologin

Ruth Simsa, was das schleichende Aushungern der sozialen Dienstleistungen für unseren Sozialstaat bedeutet. Sie fordert daher ein klares Bekenntnis zu einem starken Sozialstaat, kombiniert mit einer klugen, offensiven Umverteilungspolitik. Eine Forderung, der wir uns als Gewerkschaft uneingeschränkt anschließen!

In eigener Sache möchten wir darauf hinweisen, dass die KOMPETENZ ab 2013 in sechs Ausgaben plus zwei Sondernummern erscheinen wird. Wie gewohnt werden Sie die KOMPETENZ als Beilage zur ÖGB-Zeitung „Solidarität“ in ihrem Postkasten vorfinden. Zusätzlich zu diesen sechs regulären Nummern werden jährlich zwei Sondernummern zu speziellen Themenschwerpunkten erscheinen.

Dwora Stein
Chefredakteurin

Gesundheits- und Sozialberufe: **Faires Geld für**



Mehr als 7.000 Beschäftigte und BetriebsrätInnen protestierten am 30. Jänner in Wien sowie in St. Pölten, Linz, Graz und Klagenfurt gegen das unzureichende Angebot der Arbeitgeber bei den diesjährigen Kollektivvertragsverhandlungen in der Sozialwirtschaft.

wahre Leistung!



Soziale Arbeit ist
vida mehr WERT!
GPZ 08

Soziale Arbeit ist
vida mehr WERT!

Soziale Arbeit ist
vida mehr WERT!
GPZ 08

Reif für
MEHR
Geld!

vida GPZ 08

Soziale Arbeit ist
vida mehr WERT!

Jede Leistung

2000
Zukunft
Arbeit
mehr
WERT!

Soziale Arbeit ist
vida mehr WERT!
GPZ 08

PatientInnen und KlientInnen gilt es sieben Tage in der Woche und auch rund um die Uhr zu betreuen und zu versorgen.



© Nuriith Wagner-Strauss

Soziale Arbeit **ist mehr wert!**

Die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich kümmern sich um jene, die Hilfe brauchen. Trotzdem müssen sie jedes Jahr um eine faire Gehaltserhöhung kämpfen.

Von Alexia Weiss

Martha Fleschurz hat viele Sorgenkinder. Die Betriebsrätin bei der Volkshilfe OÖ, die im Bereich mobile Pflege beschäftigt ist, erzählt von Frauen, die zu wenig verdienen, um ihre Fixkosten zu bestreiten, und Arbeitgebern, die statt Vollzeit immer öfter Teilzeitkräfte beschäftigen. „Es gibt Stoßzeiten. Die Leute wollen in der Früh versorgt werden. Man braucht Unterstützung mit tags und abends. Geteilte Dienste sind aber langfristig der psychische Tod der MitarbeiterInnen. Die

Arbeitgeber stellen Leute daher nur noch für zehn, zwölf, 15 Stunden wöchentlich an. Damit können sie die Spitzen gut abdecken.“

„Nach unseren Berechnungen liegt die Teilzeitquote in der Branche derzeit bei 70 Prozent“, sagt Klaus Zenz, Betriebsrat bei der Mosaik GmbH (Behindertenbetreuung) und Verhandlungsführer bei den diesjährigen Kollektivvertragsverhandlungen für die Gesundheits- und Sozialberufe. Die in der Branche üblichen Rahmenbedingungen –

PatientInnen und KlientInnen gilt es sieben Tage in der Woche und auch rund um die Uhr zu betreuen und zu versorgen, und Dienstpläne werden oft sehr kurzfristig bekannt gegeben – machen es aber oft unmöglich, einen zweiten Job anzunehmen.

Niedriglohnbranche

Der mit dem Arbeitgeberverband Sozialwirtschaft Österreich ausverhandelte BAGS-Kollektivvertrag (benannt nach der früheren Bezeich-

nung der Interessenvertretung für ArbeitgeberInnen im Gesundheits- und Sozialbereich) gilt in der Branche als Leit-KV. Einrichtungen wie Caritas oder Diakonie haben zwar eigene KVs, orientieren sich aber immer an den BAGS-Abschlüssen. Der BAGS sieht grundsätzlich eine bessere Bezahlung als etwa im Handel vor, betont Reinhard Bödenauer, in der GPA-djp für diese Branche zuständig. „Das, was von den Arbeitgebern daraus gemacht wird – die hohe Teilzeitquote, das Vorenthalten von Zuschlägen, die vollvariable Zeit der Verfügbarkeit – machen daraus aber eine Niedriglohnbranche.“

Die Arbeitgeber setzen alles daran, „um bei der Arbeitszeitgestaltung zu sparen“, konstatiert Bödenauer. Es gebe zwar auch freiwillige Teilzeitarbeit. Doch dann gebe es oft Probleme, dass auf die zeitlichen Bedürfnisse dieser Beschäftigten keine Rücksicht genommen wird. Eine Frau, die Teilzeit arbeitet, um sich ab dem späten Nachmittag um ihre schulpflichtigen Kinder zu kümmern, kann nicht arbeiten, wenn sie kurzfristig auch Abenddienste machen muss.

Druck der Politik

Die Arbeitgeber ihrerseits spüren den Druck der Politik. Der Sektor ist öffentlich finanziert und die öffentliche Hand muss den Gürtel immer enger schnallen. „Die Finanzierung ist ein Schlüsselthema. Und ich erlebe die Arbeitgeber als politische Erfüllungsgehilfen“, sagt Bödenauer. Man könne die Gruppe der Menschen, die Pflege und Betreuung benötigen, nicht aus einer Gesellschaft wegdenken. Und für jene, die sie betreuen bzw. pflegen, müssten die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Burn-out sei ein großes Thema, betont auch Zenz. „Die Arbeitgeber kennen die Probleme.“

matik. Aber das Problem wird meist auf die Beschäftigten abgewälzt.“

Gesundheits- und Sozialberufe: hierzu zählen die stationäre, ambulante und mobile Pflege, die Betreuung Behinderter, sowohl geistig als auch psychisch, die Erwachsenensozialarbeit (z. B. mit Obdachlosen), die Arbeit mit Drogen- und anderen Suchtkranken, MigrantInnen, aber auch die Betreuung von Kindern (Kindergärten, Kindergruppen, Tagesmütter).

Frauenbranche

Bödenauer schätzt die Anzahl der hier insgesamt Beschäftigten auf 200.000. Der Großteil arbeitet nicht nur Teilzeit, sondern ist auch weib-

Das Schlüsselthema der Sozialwirtschaft ist die Finanzierung.

lich. „Der Frauenanteil beträgt zwei Drittel bis drei Viertel.“ Wie auch im Handel gibt es hier zudem viele Beschäftigte mit Migrationshintergrund. Die Fluktuation ist hoch. In vielen Einrichtungen beträgt die durchschnittliche Verweildauer nur ein Jahr. Wer seinen Dienstplan, nicht wie im BAGS-KV vorgeschrieben, jeweils einen Monat im Voraus für den Folgemonat erhält, sondern erst in der Woche davor oder sogar am Tag selbst um sechs Uhr in der Früh anrufen muss, um zu erfragen, ob er an diesem Tag Dienst hat oder nicht, hat keine Möglichkeit, zur Ruhe zu kommen und kann über seine Zeit nicht frei verfügen. Dann sucht man sich rasch einen anderen Job.

Globalrunde

An die 90.000 Menschen sind nach dem BAGS-KV beschäftigt, der in acht Bundesländern gilt. Vorarlberg

hat einen eigenen Sozialdienst-KV. Bisher wurde jeder einzelne KV in dieser Branche Jahr für Jahr einzeln verhandelt. Das bleibt auch weiter so, aber dieses Jahr gab es die Premiere einer Globalrunde zu Beginn des Verhandlungsreitens. „Ich erwarte mir davon für die Zukunft, dass wir immer breiter gemeinsam in dieser Branche auftreten“, sagt Bödenauer. 1997 gab es das Ziel, einen KV für den gesamten privaten Sozialbereich zu schaffen. Das ist nicht gelungen. Nun muss man sich dem Ziel der Globalrunde anders annähern.

Bewusstsein will Bödenauer zum Beispiel auch dafür schaffen, welche emotionale Arbeit die Beschäftigten hier leisten. „Die emotionale Härte wird nicht gesehen. Ich habe in der Heimpflege einen Todesfall, schwierige KlientInnen in der Behindertenarbeit, aber emotional schwere Arbeit hat keinen Stellenwert.“

„Wir brauchen eine gute Bezahlung und Arbeitsbedingungen, die Burn-out verhindern“, betont auch Zenz. „Ich muss einen Monat im Voraus wissen, wie ich Dienst zu tun habe. Das ist ein entscheidender Punkt in Richtung Burn-out-Prophylaxe.“ Fleschur wünscht sich, dass die Politik einen Rahmen schafft, der es den Arbeitgebern ermöglicht, z. B. in der mobilen Pflege MitarbeiterInnen Vollzeit zu beschäftigen. Die Betriebsrätin ist davon überzeugt, dass das funktioniert. „Man müsste die Betreuungsgebiete anders gestalten. Je größer ein Gebiet ist und je mehr KlientInnen ich betreue, desto größer ist auch mein Pool an MitarbeiterInnen. Dann kann ich mit Dienstüberschneidungen arbeiten, habe die Spitzen abgedeckt und kann auch die Wochenenden gut bewältigen.“



Foto: Nurih Wagner-Strauss

Ruth Simsa, WU Wien: „Es würde Vieles nicht funktionieren, wenn es die Sozialwirtschaft nicht gäbe.“

Sozialstaat schleichend infrage gestellt

Die Sozialwirtschaft ist ein Sektor mit hoher Wertschöpfung und hohem Druck, denn die Finanzierung erfolgt größtenteils über die öffentliche Hand. Ein Gespräch mit Ruth Simsa, Soziologin an der WU Wien.

Das Interview führte Alexia Weiss.

KOMPETENZ: Was versteht man unter Sozialwirtschaft?

Ruth Simsa: Das ist die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen im Rahmen von Organisationen. Nachbarschaftshilfe gehört nicht dazu. Ein Großteil der sozialen Dienstleistungen wird von sozialen Non-Profit-Organisationen erbracht, die also nicht gewinnorientiert arbeiten. Was die Arbeit an sich betrifft, ist es ein weites Feld. Die klassischen Bereiche sind Altenpflege, Hauskrankenpflege, Essen auf Rädern.

Aber auch Kinderbetreuung, die Arbeit mit Drogenkranken, mit MigrantInnen fallen hier herein.

KOMPETENZ: Handelt es sich dabei ausschließlich um bezahlte Arbeit?

Ruth Simsa: Da ist auch ehrenamtliche Arbeit dabei. Der soziale Standard in Österreich wäre insgesamt ohne Arbeit von Ehrenamtlichen im Rahmen von Non-Profit-Organisationen nicht gesichert. An die acht Millionen Arbeitsstunden pro Woche werden ehrenamtlich geleis-

tet. In Vollzeitäquivalenten wären das 230.000 Stellen beziehungsweise eine um sechs Prozentpunkte höhere Beschäftigung. Allerdings muss man auch sagen: Von allen ehrenamtlich Tätigen arbeiten nur etwa sieben Prozent in den sozialen Diensten. Der niedrige Anteil an Ehrenamtlichkeit erklärt sich durch die hohen Professionalisierungsstandards. Wer zum Beispiel in der Hauskrankenpflege arbeitet, muss zuvor entsprechend geschult worden sein.

KOMPETENZ: Wird diese Form der Arbeit auch entsprechend wertgeschätzt?

Ruth Simsa: Die Leute in solchen Organisationen bekommen oft von der Politik das Gefühl vermittelt, dass man zwar die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft versorgt haben möchte, aber dafür kein Geld bereitstellen will. Es lohnt sich aber aus ökonomischer Sicht, hier zu investieren. Die Sozialwirtschaft ist der Sektor mit der drittstärksten Beschäftigungswirkung. Wenn ich hier für Nachfrage um eine Million Euro Sorge, schaffe ich 17,2 Arbeitsplätze. Das Gleiche in die Energieversorgung investiert, schafft 3,8 Arbeitsplätze.

KOMPETENZ: Und wie sieht es mit der Wertschöpfung aus?

Ruth Simsa: Es wird hier auch Zusatznutzen geschaffen. Wenn die Nachfrage nach Dienstleistungen im Sozialbereich um eine Million Euro erhöht wird, löst das eine Wertschöpfung von 873.600 Euro aus. Das generiert Wirtschaftswachstum in diesem Ausmaß. Die Sozialwirtschaft ist unter den Top-5-Sektoren. Wenn ich die Wirtschaft stimulieren möchte, ist der Sozialbereich nicht der erste, der einem einfällt. Aber von 17 Sektoren ist die Sozialwirtschaft unter den Top 5.

KOMPETENZ: Wie lässt sich der Nutzen der Sozialwirtschaft für die Gesellschaft beschreiben?

Ruth Simsa: Hier werden massive Beiträge für das Alltagsleben der Menschen geleistet. Wenn ich Immigrantin bin und mein Kind wird betreut, es wird mit ihm gelernt, dann nützt mir das. Oder ich habe Eltern, die schon betagt sind, die Pflege brauchen oder Essen auf Rädern. In Österreich gibt

es eine Infrastruktur, die all das ermöglicht. Es würde vieles nicht funktionieren, wenn es die Sozialwirtschaft nicht gäbe.

KOMPETENZ: Die Beschäftigten sind hier aber enorm unter Druck.

Ruth Simsa: Das hat mit den generellen gesellschaftlichen Entwicklungen zu tun. Wir haben schon seit längerem eine Art Krise des Sozialen. Neoliberale Ideologien haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend durchgesetzt, die besagen, der Staat soll sich aus der Wirtschaft zurückziehen und nicht eingreifen – jeder ist seines Glückes Schmied. Das Ergebnis ist eine schleichende Erosion von Solidarität und sozialen Standards.

Der Staat zieht sich schrittweise aus der sozialen Absicherung zurück.

In Österreich ist zwar der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt nicht gesunken, aber es gab eine Verlagerung von Arbeitsmarkt und Sozialpolitik hin zu Wirtschaftsförderung. Wir haben also einerseits eine Ideologie, die sagt, Staat zieh dich zurück. Und andererseits Makrodaten, die zeigen, der Staat zieht sich nicht zurück. Aber er zieht sich langsam und schrittweise aus der sozialen Absicherung zurück. Das ist die Großwetterlage, die drastisch durch die Finanzkrise verstärkt wird. Die öffentlichen Haushalte sind massiv unter Druck geraten. Und was fällt einem da als erstes ein? Beim Sozialen zu sparen.

Wir haben keine allgemeinen validen Daten, wir wissen also nicht, wie viel da gekürzt wird. Wir haben deshalb die Spitzen der Sozialwirtschaft zu einem Dialog eingeladen und gefragt, wie sieht es aus. Der Tenor war: Es werden mehr Leis-

tungen verlangt für weniger Geld. Große, etablierte Organisationen spüren es weniger als die kleinen. Und viele Kürzungen finden an den Rändern oder eher unbemerkt statt. Da gibt es zum Beispiel keine Valorierungen. Oder ein Hospiz sagt zwar, dass sie nach wie vor die vereinbarten Beträge pro Person bezahlt bekommen. Aber der Bedarf nach Hospizplätzen steigt, das Angebot wird jedoch nicht ausgeweitet. Das Risiko wird individualisiert. Manchmal werden Gelder auch vollkommen willkürlich und kurzfristig gestrichen.

KOMPETENZ: Wird der Sozialstaat zurückgedrängt?

Ruth Simsa: Das ist zu hart. Ich würde eher sagen, dass der Sozialstaat erodiert, er wird schleichend infrage gestellt. Und wir haben eine sich verschärfende Kluft zwischen Arm und Reich. Wir haben eine

steigende Arbeitslosigkeit und auch aus diesem Grund einen wachsenden Bedarf an sozialen Leistungen, die insgesamt nicht in Relation zum wachsenden Bedarf ausgeweitet werden. Mir macht das Sorge. Das Erfolgsmodell der ganzen Nachkriegszeit war: höhere Bildung und hohe soziale Standards. Und das wird gerade in Frage gestellt.

KOMPETENZ: Welche Gegenstrategie schlagen Sie vor?

Ruth Simsa: Ein klares Bekenntnis zu einem starken Sozialstaat, kombiniert mit einer klugen, offensiven Umverteilungspolitik. Und es bedarf einer ebenso offensiven Bildungspolitik. ■

Ruth Simsa ist Professorin für Soziologie an der Wirtschaftsuniversität Wien, ihr Spezialgebiet sind Non-Profit-Organisationen.

Kommentar



© Nuriith Wagner-Strauss

Branche mit Zukunftspotenzial

Immer mehr Beschäftigte im Sozialbereich kämpfen aktiv für bessere Arbeitsbedingungen.

Von Wolfgang Katzian

Seit gut zehn Jahren existiert für den privaten Gesundheits- und Sozialbereich ein eigener Kollektivvertrag, der mit dem Arbeitgeberverband BAGS verhandelt wird. Neben dem sogenannten BAGS-Kollektivvertrag gibt es einen für karitative Einrichtungen (Caritas) und die Diakonie. Heuer fanden die Verhandlungen erstmals für den gesamten Bereich für etwa 120.000 Beschäftigte in der Globalrunde Sozialwirtschaft statt.

Es hat eine Zeit gedauert bis auch die Medien erkannt haben, dass hier in einer großen Branche mit enormem Zukunftspotenzial alljährlich über die Arbeitsbedingungen von Menschen verhandelt wird, deren Wirken für die Qualität des gesellschaftlichen Zusammenlebens ganz wesentlich ist. Inzwischen ist es aber allgemein anerkannt, dass neben den großen KV-Runden der Industrie, des Handels oder der Finanzdienstleistungen auch der private Sozialbereich zu den ganz wichtigen Kollektivvertragsrunden zählt.

Die eindrucksvollen und gelungenen Demos und Aktionen Ende Jänner haben auch eines gezeigt: All jene die behaupten, im Sozial- und Gesundheitsbereich sei mit gewerkschaftlichem Engagement nicht viel zu holen, wurden Lügen gestraft. Faktum ist: In diesem Bereich wächst mit jedem Tag die

Jetzt ist gezielter Ausbau der sozialen Arbeit gefragt.

Zahl jener, die bereit sind, für ihre Interessen einzustehen und aktiv zu werden.

Die Leistungen, die hier tagtäglich erbracht werden, werden ja von niemandem infrage gestellt. Es gibt wohl kaum jemanden, der/die in der Familie oder im Bekanntenkreis nicht jemanden hätte, der in irgendeiner Form von den Leistungen dieses Bereichs profitiert; sei es bei der Betreuung von Kindern, von Menschen mit Behinderung oder bei der Pflege von alten Menschen. Es ist nicht unwesentlich für

die Qualität der Leistungen, wie gut ausgebildet, wie zufrieden und wie gut bezahlt jene Menschen sind, die diese Arbeit tagtäglich erbringen.

Was jedoch auch von der Politik noch zu wenig gesehen wird, ist die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der sozialen Berufe als wichtiger Wirtschaftsfaktor. Jede Investition in diesem Bereich schafft nicht nur mehr Lebensqualität, sondern wirkt auch weiter ins gesamte Wirtschaftsgefüge. Gerade in Zeiten, da die Folgen

der wirtschaftlichen Krise auch eine Krise am Arbeitsmarkt verursachen, ist nicht der Rückbau von sozialer Arbeit gefragt, sondern bewusster und gezielter Ausbau.

Wir haben es in der Hand, jetzt die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen. Dafür muss aber auch einmal mit dem Mythos aufgeräumt werden, es wäre zu wenig Geld da, um die sozialstaatlichen Leistungen zu finanzieren. Geld ist genug da, wenn man den Mut aufbringt, es von jenen zu holen, die es im Übermaß besitzen. ■



© Artusius, Fotolia.com

Wasser ist ein Menschenrecht!

Jetzt unterstützen! Wasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben.

Wasser ist ein öffentliches Gut, keine Handelsware! Die Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ sammelt Unterschriften gegen eine von der EU vorgeschlagene Richtlinie, mit der europaweite Regeln für die Vergabeverfahren von Dienstleistungskonzessionen geschaffen werden. Das Problem: Öffentliche Dienstleistungen wie die Trinkwasserversorgung wären davon auch betroffen.

Gewerkschaften und Arbeiterkammer appellierten bereits an die EU-Abgeordneten, gegen eine solche Richtlinie zu stimmen. Alle Bürge-

rinnen und Bürger der EU haben außerdem die Möglichkeit, persönlich mit ihrer Unterschrift ebenfalls gegen dieses Vorhaben einzutreten. Die Ziele der europäischen Bürgerinitiative sind: Wasser und sanitäre Grundversorgung als Garantie für alle Menschen in Europa, keine Liberalisierung der Wasserwirtschaft und universeller (globaler) Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung.

Die europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ können Sie hier online unterschreiben: www.rightzwater.eu/de

Grünes Licht für Finanztransaktionssteuer

Österreich, Deutschland und neun weitere EU-Staaten dürfen eine neue Steuer auf Finanztransaktionen einführen. Das beschlossen die EU-Finanzminister im Jänner in Brüssel.

Die elf Länder wollen im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit die Abgabe einführen. Wie die Finanzsteuer „im kleinen Kreis“ genau gestaltet werden soll, ist noch nicht klar, dazu muss die EU-Kommission einen Vorschlag machen. Damit wird eine langjährige Forderung erfüllt, die auch von den Gewerkschaften unterstützt wurde, wenn gleich eine gemeinsame Umsetzung aller 27 EU-Staaten weiterhin das Ziel bleibt.

Flugdienstzeitregeln: Protest auch in Wien

Auf zwölf europäischen Flughäfen wurde am 22. Jänner mit dem „Walk for Safety“ gegen den Plan der EU-Kommission protestiert, die höchstzulässigen Arbeitszeiten für Piloten und für das Kabinenpersonal zu vereinheitlichen, was im wesentlichen eine Verlängerung bedeuten würde. Auch in Wien zeigten sich rund 200 TeilnehmerInnen solidarisch, organisiert wurde die Demonstration am Flughafen Schwechat vom Österreichischen Pilotenverband ACA (Austrian Cockpit Association). Die GPA-djp, die Gewerkschaft vida, der Bordbetriebsrat von AUA/tyrolean und flyniki sowie die Arbeiterkammer unterstützten den Protest.

„Die von der europäischen Agentur für Flugsicherheit vorgelegten Regeln sind ein Schlag ins Gesicht von Piloten und Flugbegleitern“, protestierte ACA-Generalsekretär Siegfried Lenz: „Die Regeln werden den Airlines die Erstellung gefährlicher Dienstpläne erlauben, Crews können dann bis zu 22 Stunden wach bleiben und bis zu zwölf Stunden in der Nacht fliegen, obwohl WissenschaftlerInnen einhellig und dringend raten, Nachtdienste auf maximal zehn Stunden zu begrenzen.“



Karl Proyer, stv. Bundesgeschäftsführer GPA-djp: „Wir haben keine Krise des Sozialstaates, sondern eine schwere Verteilungskrise.“

„Wir haben eine Verteilungskrise“

Karl Proyer, stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp, über die aktuelle Kollektivvertragspolitik und den zu erwartenden verschärften Verteilungskonflikt.

Das Interview führte Martin Panholzer.

KOMPETENZ: Die wichtige Kollektivvertragsrunde der Metallindustrie im vorigen Herbst wurde gegen den Willen der Gewerkschaften auf sechs Unterrunden aufgesplittert. Trotzdem sind die Gewerkschaften mit den KV-Runden des Herbstes zufrieden?

Karl Proyer: Wichtig ist, dass unterm Strich das Ergebnis für die Beschäftigten passt. Die Beschäftigten aller Fachverbände haben exakt das gleiche Ergebnis erzielt, und dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung wirklich gut.

Das war auch für andere Branchen wichtig, und die Metallindustrie konnte ihre kollektivvertragliche Leitfunktion bewahren. Insgesamt hat die GPA-djp im Vorjahr 175 Kollektivverträge abgeschlossen, mit Abschlüssen zum überwiegenden Teil deutlich über der Inflationsrate. Dass aber die Verhandlungsführung in der Metallrunde nicht das Nonplusultra an Effektivität war, das sehen auch viele Arbeitgeber der Branche so.

Ich kann für die kommende Metallrunde 2013 den Arbeitgebern nur einen Rat geben: Wenn sie essenzi-

elle Fortschritte bei wichtigen rahmenrechtlichen Themen wie etwa bei der Arbeitszeit will, dann wird das nur in einer gemeinsamen Runde funktionieren.

KOMPETENZ: Manche Sozialwissenschaftler, wie zuletzt Anton Pelinka, sehen ein Rückzugsgefecht der Gewerkschaften, aufgrund eines kleiner werdenden Verteilungsspielraumes und auch aufgrund der Zunahme atypischer Beschäftigungsformen.

Karl Proyer: Wir leben nicht am Mond, und natürlich sehen wir die

Angriffe auf Strukturen und die Versuche, das kollektivvertragliche System zu untergraben. Aber der empirische Befund von Pelinka ist für Österreich einfach falsch – die kollektivvertragliche Abdeckung war noch nie so groß, das hat zuletzt auch die OECD bestätigt. Die Flächendeckung bei der Tarifbindung liegt bei 97,5 Prozent. 15 bis 20 Prozentpunkte davon sind Flächengewinne der letzten zehn Jahre. 300.000 bis 500.000 Beschäftigte haben in diesem Zeitraum einen Kollektivvertrag neu bekommen, etwa im Gesundheits- und Sozialbereich oder in der Erwachsenenbildung. Wir haben in Österreich also einen Trend zu einer noch stärkeren tarifvertraglichen Bindung. Klar ist, dass wir uns wappnen müssen, nicht zuletzt aufgrund eines festzumachenden europäischen Trends, soziale Strukturen anzugreifen. Viele wittern offenbar die Chance, im Windschatten der Krise Strukturen, die für ArbeitnehmerInnen wichtig sind, zu zerstören, auch bei uns Österreich. Deshalb bereiten wir uns auf heftige Auseinandersetzungen vor.

KOMPETENZ: Die Wirtschaftsdaten und auch die Prognosen sind nicht gerade berauschend, was heißt das für kommende Lohn- und Gehaltsrunden?

Karl Proyer: Das Geld ist heute in den Händen der ArbeitnehmerInnen am besten aufgehoben, weil sie es primär wieder ausgeben und somit der Binnennachfrage und wirtschaftlichen Entwicklung nutzen. Insbesondere in den unteren Gruppen mit großen, nicht gedeckten Konsumbedürfnissen. Lohnzurückhaltung und der Rückbau des sozialen Netzes ist das völlig falsche Krisenrezept. Das sollte man aus der schweren sozialen

und politischen Krise in Südeuropa gelernt haben. Es wird auch vieles aufgebauscht, um die Menschen auf Verzicht einzustimmen, etwa die drohende Zunahme von Kurzarbeit. Aber es ist genug Geld zum Verteilen da – wir haben keine Krise des Sozialstaates, sondern

Die Sozialpartnerschaft darf im Windschatten der Krise nicht zerstört werden.

eine schwere Verteilungskrise, und wenn man nicht bereit ist, die Verteilungsfrage offensiv anzugehen, werden wir schwer den Weg aus der Krise finden. Das betrifft die öffentliche Hand, aber auch die Lohn- und Gehaltspolitik. Wenn das Wachstum kleiner ist oder zurückgeht, werden die Auseinandersetzungen sicher noch heftiger werden. Da muss eben auch die Praxis der Ausschüttungen an die Aktionäre überdacht werden.

KOMPETENZ: Es wird immer wieder auch der Vorwurf erhoben, die Gewerkschaften hätten in der Vergangenheit die Produktivitätssteigerungen in der Lohnpolitik nicht voll ausgeschöpft.

Karl Proyer: Dieser Befund stimmt für die vergangenen Jahre nicht, in früheren Jahren mag das zutreffen und man hat dadurch insbesondere den exportorientierten Unternehmen Vorteile im Wettbewerb verschafft. Dafür gab's Stabilität und ein hohes Maß an Beschäftigungssicherheit. Die Sozialpartnerschaft hat aber für uns nur dann einen Wert, wenn sie den Beschäftigten etwas bringt. Die Sozialpartnerschaft als inhaltsleere Worthülse bringt gar nichts, vor allem, wenn eine Seite versucht, die wirklich wichtigen Grundstrukturen zu zerstören.

KOMPETENZ: Das heißt, wir müssen uns auf mehr Konflikte einstellen?

Karl Proyer: Eine besonders entwickelte Konfliktkultur haben wir traditionell in Österreich nicht, wenngleich in den vergangenen Jahren da spürbar Bewegung reingekommen ist. Es bricht die Welt nicht zusammen und kann der demokratischen Kultur gut tun, wenn man Konflikte auch in der Öffentlichkeit austrägt. Als GPA-djp hat uns diese Konfliktkultur zweifellos genutzt – die Menschen erwarten ja keine Wunderdinge von uns, aber sie honorieren ehrliches und authentisches Engagement. Diesen Weg werden wir auch im kommenden Jahr weiter bestreiten. ■

Info Kollektivverträge

2012 hat die GPA-djp 175 Kollektivverträge abgeschlossen, die Abschlüsse liegen großteils deutlich über der Inflationsrate. Die richtungsweisenden Kollektivverträge für die rund 180.000 Beschäftigten der Metallindustrie umfassten die Branchen Maschinenbau und Metallwaren, Fahrzeugindustrie, Bergbau-Stahl, Nichteisenmetallindustrie, Gießereiindustrie und Gas- und Wärmeunternehmen und schlossen mit einer Erhöhung der Mindestlöhne und -gehälter zwischen 3,4 und 3,3 Prozent ab.

97,5 Prozent der ÖsterreicherInnen sind von einem Kollektivvertrag erfasst, die Abdeckung war noch nie so groß und ist deutlich größer als z. B. in Deutschland, wo sie nur bei 62 Prozent liegt.



Zwei Obdachlose im Zentrum von Athen. Infolge der Krise ist die Zahl der Obdachlosen in Athen auf 15.000 angestiegen.

Rudert der IWF zurück?

Der Internationale Währungsfonds musste eingestehen, dass die verordnete Sparpolitik Griechenland völlig ruiniert. Trotzdem gibt es keinen Kurswechsel.

Von David Mum

Die Hiobsbotschaften aus Griechenland reißen nicht ab. Immer liest man dieselben Meldungen: Griechenland verfehle die Sparziele aufs Neue. Bislang wurde dabei immer unterstellt, die Griechen würden die Sparpolitik nicht konsequent genug umsetzen und man müsse daher bei weiteren Hilfen besonders hart sein. Nun mussten die Sparprediger vom Internationalen Währungsfonds (IWF) aber zugeben, dass die harten Sparprogramme die Schuldenkrise verschärft haben. Nur dass es sich hier nicht einfach um einen bedauerlichen Rechenfehler handelt – die Sparpolitik hat ein Land zugrunde gerichtet und Millionen Menschen den Arbeitsplatz gekostet.

In Griechenland wird derzeit brutal gespart. Die Sparpakete haben einen

derart massiven Effekt auf die Wirtschaft und Beschäftigung, dass die Schuldenlast nicht geringer, sondern größer wurde. Es ist also das Gegenteil von dem eingetreten, was man erreichen wollte.

Die Relation von Staatsschulden zur Wirtschaftsleistung, die sogenannte Schuldenquote, erreicht ständig neue Höchststände. Das ist auch alles andere als verwunderlich: Ein Land, das kaputtgespart wird, wird von den Schuldenbergen erdrückt, da die Sparmaßnahmen zu einem zu starken Einbruch der Wirtschaftsleistung führen.

Kaputtsparen

Die Sparpolitik zeigt mittlerweile gravierende Auswirkungen: Die Wirtschaftsleistung sank in Grie-

chenland seit Ausbruch der Krise um rund ein Viertel, inzwischen ist jede/r vierte Erwachsene und jede/r zweite Jugendliche in Griechenland arbeitslos. Die Mindestlöhne wurden um über ein Fünftel auf 586 Euro gesenkt, das durchschnittliche Arbeitslosengeld liegt knapp über 300 Euro. Doch die Last der Staatsschulden wurde immer drückender.

Genau dieser negative Effekt der Sparprogramme auf Wirtschaft und Beschäftigung ist sträflich unterschätzt worden, meint nun ausgerechnet der Internationale Währungsfonds. Der IWF hatte bislang Sparen grundsätzlich in jeder Situation eingemahnt. So werden Kredite nur dann an Staaten in der Krise vergeben, wenn diese sich zu harten Sparaufgaben verpflichten.

Rechenfehler

Die negativen Auswirkungen der Sparprogramme in Griechenland, muss der IWF eingestehen, seien 2–3-mal so hoch wie bislang angenommen. Bisher war der IWF davon ausgegangen, dass die negativen Effekte etwa halb so hoch seien wie die Sparziele: Reduziert man beispielsweise die Staatsausgaben um eine Milliarde, sollte die Wirtschaftsleistung um eine halbe Milliarde schrumpfen. Demnach sollte die Verschuldung rascher sinken als die Wirtschaftsleistung.

Nun wurde aber errechnet, dass ein Sparprogramm von einer Milliarde zu einem Schrumpfen der Wirtschaftsleistung um 1 bis 2,5 Mrd. führen kann. Das heißt, obwohl man heftig spart, erhöht sich die Schuldenquote, da die Wirtschaft stärker einbricht, als die Schulden sinken. Damit befindet man sich in einem Teufelskreis. Wirtschaftskrisen verstärken diesen Effekt noch.

Kurswechsel?

Kann man nun auf ein – wenn auch spätes – Umdenken beim IWF hoffen? Hier besteht leider kein Grund zu allzu großem Optimismus. Allen-

falls wird der IWF darauf drängen, Griechenland mehr Zeit zu geben. Die harten Auflagen der Sparpolitik wie Sozialabbau, Lohnsenkungen, Privatisierungen, Abbau öffentlicher Beschäftigter und Kürzung der Staatsausgaben bleiben voll aufrecht. Auch in Portugal schreibt der IWF derzeit dieselben Maßnahmen vor: Der IWF verlangt die Kündigung von Staatsbediensteten, Pensionsenkungen, Einsparungen in der Bildung (!), im Gesundheitswesen und beim Arbeitslosengeld. Portugal steuert 2013 auf das dritte Rezessionsjahr in Folge zu.

Investitionen notwendig

Gewerkschaften in Europa fordern einen sofortigen Kurswechsel, um den drohenden Zusammenbruch, der durch die Sparpolitik in Europa immer näher rückt, abzuwenden. Die Sparpolitik führt zu weiteren Jobverlusten und einer Verschärfung der Krise. Seit Ausbruch der Krise stieg die offizielle Arbeitslosigkeit in Europa um zehn Mio. Menschen von 16,8 auf über 26 Mio. an. Je länger die Politik des Kaputtsparens fortgesetzt wird, desto mehr Menschen verlieren ihre Existenzgrundlage. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)

fordert daher öffentliche Investitionen, um die Beschäftigung wieder anzukurbeln. Konkret soll ein aus Steuern finanziertes und auf zehn Jahre angelegtes Investitions- und Aufbauprogramm initiiert werden. Dafür braucht es jährlich 260 Milliarden Euro. Die sollen u. a. über eine in allen 27 EU-Staaten erhobene Steuer von 0,1 Prozent auf alle Finanztransaktionen einschließlich des Devisenhandels zusammenkommen und in einen „Europäischen Zukunftsfonds“ fließen. Ein solches Investitionsprogramm hätte gerade in einer Krise einen besonders starken Effekt auf Wachstum und Beschäftigung. ■



Eine Hilfsorganisation verteilt Essen in der griechischen Stadt Perema, wo die Arbeitslosigkeit 60 Prozent überschritten hat.

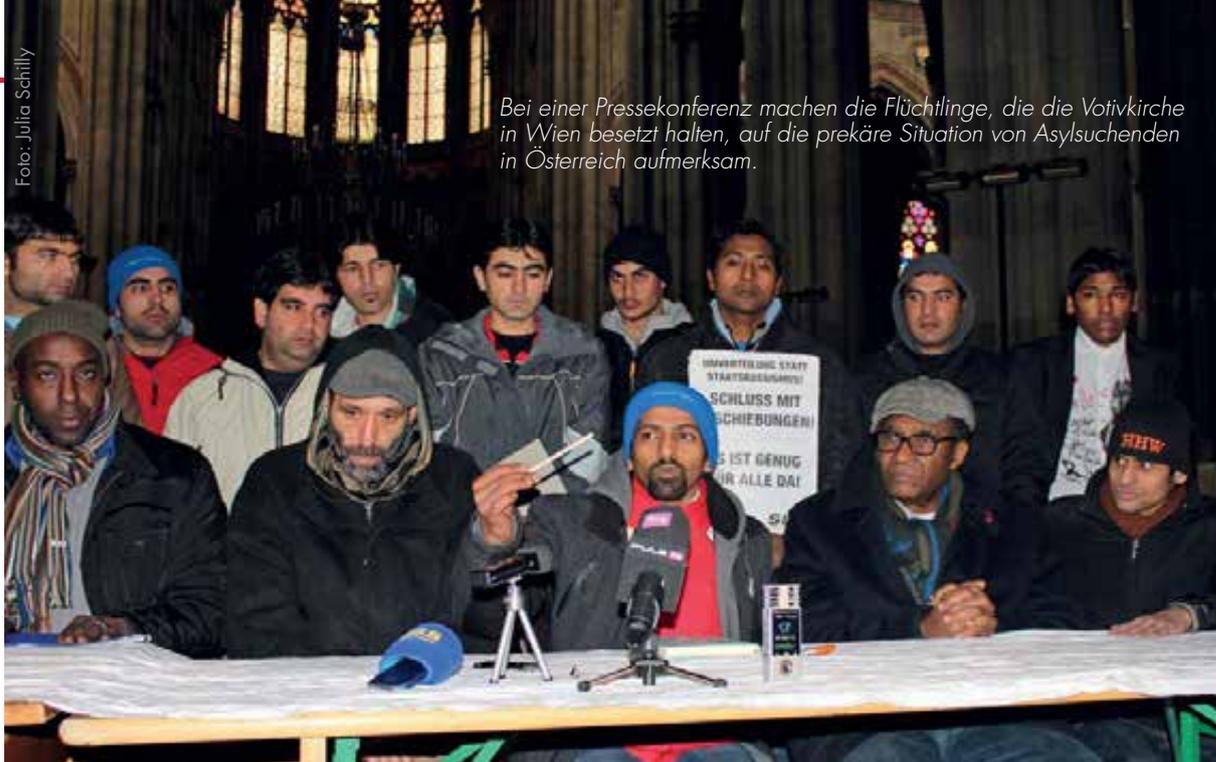
Der Internationale Währungsfonds

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist eine Sonderorganisation der UNO mit Sitz in Washington. Der IWF hat zurzeit 187 Mitgliedsstaaten, deren Stimmrecht sich an ihrem Kapitalanteil orientiert. Da die Beschlüsse im IWF mit einer Mehrheit von 85 Prozent getroffen werden müssen, verfügen jeweils die USA allein und die EU-Staaten gemeinsam de facto über eine Sperrminorität.

Wenn ein Mitgliedsland in Zahlungsschwierigkeiten gerät, kann es beim IWF Hilfe beantragen. Der IWF verlangt dafür aber immer die Umsetzung neoliberaler Politik in Form von „Strukturanpassungsprogrammen“ im Interesse der ausländischen Geldgeber und zulasten der einheimischen Bevölkerung.

Bedingungen für die Gewährung von Krediten sind etwa:

Kürzung der Staatsausgaben, Steigerung des Exports, Liberalisierung des Bankenwesens, Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen wie Sparkassen, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Telekommunikation usw., sowie Abbau öffentlich Beschäftigter. Vor Griechenland hat der IWF seine verheerende Politik vielen Entwicklungsstaaten aufgezwungen.



Bei einer Pressekonferenz machen die Flüchtlinge, die die Votivkirche in Wien besetzt halten, auf die prekäre Situation von Asylsuchenden in Österreich aufmerksam.

„Sinnlose Schikane“

4.000 bis 6.000 ArbeitnehmerInnen müsste der Arbeitsmarkt aufnehmen, wenn AsylwerberInnen offenen Zugang zu legalen Jobs bekämen, meint Herbert Langthaler von der Asylkoordination.

Das Interview führte Heike Hausensteiner.

KOMPETENZ: Die Asylwerber in Österreich fordern den vollständigen Zugang zum Arbeitsmarkt. Ist das realistisch?

H. Langthaler: Ja, das gibt es in manchen Ländern schon. Zum Beispiel in Schweden. Dem schwedischen Staat ist es am liebsten, wenn sich die AsylwerberInnen selbst erhalten. Aber das ist international eher die Ausnahme. Nach EU-Recht müssen die Mitgliedsstaaten den Flüchtlingen neun Monate nach Einreichung ihres Asylantrags grundsätzlich Zugang zu ihrem Arbeitsmarkt gewähren. Das kann mit dem Argument der Arbeitslosigkeit eingeschränkt werden. Die ist aber bei uns in Wahrheit ein Randproblem, Österreich hat nur eine geringe

strukturelle Arbeitslosigkeit. Bereits nach drei Monaten dürfen AsylwerberInnen arbeiten, wenn der Arbeitgeber eine Beschäftigungsbewilligung im Rahmen des Ersatzkraftverfahrens beantragt, das heißt, wenn kein/e InländerIn, kein/e EU-BürgerIn und keine integrierten AusländerInnen den Job wollen.

Seit dem Bartenstein-Erlass aus dem Jahr 2004 (unter Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Bartenstein, Anm.) dürfen AsylwerberInnen nur in befristeten Tätigkeiten als Saisoniers arbeiten. Das ist schwierig, weil es in den Bundesländern und in Branchen wie Gastgewerbe und Landwirtschaft unterschiedliche Quoten für eine Arbeitsbewilligung gibt. Wenn aus-

gerechnet in Wien die Quote bei 40 liegt, diese erschöpft ist und sich im Salzkammergut im Tourismus noch eine Quote aufuft, ist es für einen Flüchtling schwierig, das Bundesland zu wechseln. Und wer arbeitet, verliert die Grundversorgung (finanzielle Zuschüsse, Krankenversicherung, Anm.). Also das System ist extrem darauf ausgelegt, dass die Flüchtlinge nicht Fuß fassen. Außer als Selbstständige ohne Gewerbeschein in extrem ausbeuterischen Formen wie Zeitungskolporteurs, Marktfahrer oder Prostituierte.

KOMPETENZ: In welcher Größenordnung würde sich in Österreich die Anzahl der AsylwerberInnen, die legale ArbeitnehmerInnen werden

könnten und der Arbeitsmarkt verkraften müsste, bewegen?

H. Langthaler: Wir haben ca. 10.000 bis 30.000 Anträge pro Jahr, davon sind ein Drittel Frauen, zwei Drittel Männer. Etwa ein Drittel kommen altersmäßig als ArbeitnehmerInnen nicht in Frage. Also wären es unter 10.000, etwa 4.000 bis 6.000 ArbeitnehmerInnen.

Manche AsylwerberInnen arbeiten schwarz, wenn sie jahrelang auf den Ausgang ihres Verfahrens warten. Der Zugang zum Arbeitsmarkt würde die undokumentierte Arbeit eindämmen. Wir fordern in erster Linie, dass der Bartenstein-Erlass außer Kraft gesetzt wird. Wir wissen aus Gesprächen mit Minister Rudolf Hundstorfer, dass das Sozialministerium dazu bereit wäre. Allerdings befürchtet das Innenministerium einen „pull“-Faktor, einen Signal-Faktor, dass in Österreich mehr Flüchtlinge um Asyl ansuchen könnten.

KOMPETENZ: Bestätigen das die Erfahrungen aus liberaleren Ländern wie Schweden?

H. Langthaler: In Schweden werden schon mehr Asylanträge gestellt. Die Frage gehört europaweit harmonisiert! Derzeit läuft es auf einen Wettlauf der Abschreckung in den Ländern hinaus. Seit 9/11 haben die Hardliner in der EU das Oberwasser. Zumindest unser Innenministerium steht unter der jetzigen Führung einer Harmonisierung offener gegenüber.

KOMPETENZ: War das vorher (unter Maria Fekter, Anm.) anders?

H. Langthaler: Ja. Österreich betreibt seit 20 Jahren eine Abschreckungspolitik! Manfred

Matzka (1993–1999 Sektionschef für Migrationsfragen im Innenministerium, Anm.) meinte, man müsse den Flüchtlingen die Situation „so unangenehm wie möglich“ machen.

KOMPETENZ: Die undokumentierte Arbeit zu beseitigen, daran müsste

Man müsste Migration als soziales und wirtschaftliches Thema betrachten.

doch auch ein Rechtsstaat wie Österreich größtes Interesse haben.

H. Langthaler: Genau. Und dass die legal arbeitenden Flüchtlinge zu gleichwertigen ArbeitnehmerInnen werden. Viele von ihnen sind zu wenig informiert und werden ausgebeutet, im Bau- oder Gastgewerbe wird schon mal ein Facharbeiter als Hilfsarbeiter beschäftigt. Natürlich sind Flüchtlinge bei den Unternehmern als gut qualifizierte und billige Arbeitskräfte beliebt. Wobei es auch Unternehmer gibt, die idealistisch sind. Die jugendliche Flüchtlinge trotz bürokratischer Hürden als Lehrlinge aufnehmen und im Nachhinein sagen, wenn sie gewusst hätten, wie schwierig das sei, hätten sie es nicht gemacht. Asylwerber unter 18 Jahren dürfen ja mittlerweile in Österreich eine Lehre machen. Aber nur für Mangelberufe wie Schweißer – die werden seit mehr als 30 Jahren gesucht, entsprechende Kurse hat man auch schon den Chileflüchtlingen 1973 angeboten.

KOMPETENZ: Wie optimistisch sind Sie, dass sich an der Beschäftigungssituation der AsylwerberInnen etwas ändert?

H. Langthaler: À la longue bin ich optimistisch, dass es möglich ist, die Verschärfung durch den Bartenstein-Erlass zu beseitigen. Der aktuelle Vorschlag der NGOs geht dahin, nach sechs Monaten den Arbeitsmarktzugang ohne Ersatzkräfteverfahren zu ermöglichen. Wir brauchen auch Kursmaßnahmen und außerbetriebliche Maßnahmen speziell für jugendliche Flüchtlinge. Und das Ausländerbeschäftigungsgesetz müsste abgeschafft werden, denn es ist eigentlich überflüssig, weil sich die Situation seit 2002 geändert hat. Das ist eine sinnlose Schikane für eine ganz kleine Gruppe. Den hegemonialen Diskurs zu durchbrechen ist schwierig. Man müsste Migration nicht als Sicherheitsfrage, sondern mehr als soziales und wirtschaftliches Thema betrachten. ■

Mehr Info: www.asyl.at

Herbert Langthaler, Asylkoordination Österreich



Foto: Nurih Wagner-Strauss



© alphaspire; Fotolia.com

Kündigung am Weihnachtstag

Ausgerechnet zu Weihnachten erreichten die Kündigungsschreiben der Firma Atos die Beschäftigten. Gemeinsam mit der GPA-djp setzen sie sich nun zur Wehr.

Von Barbara Lavaud

Als die Postlerin am 24. Dezember klingelte, glaubte Herbert P.¹, es erwarte ihn Weihnachtspost – doch nach dem Öffnen des Briefes war seine Feiertagsstimmung gründlich verdorben. Hatte doch sein Arbeitgeber, die Firma Atos IT Solutions und Services, das Versenden des Kündigungsschreiben ausgerechnet so getimt, dass er es am Weihnachtstag überreicht bekam. Nach fast 40 Jahren im gleichen Betrieb.

Doch Herbert P. war nicht der Einzige, der erschüttert war über das Ausmaß an Rücksichtslosigkeit, mehreren seiner KollegInnen erging es genauso. Atos, österreichische Tochter eines französischen Konzerns, besteht aus einer langjährigen Stammmannschaft. Seit 2011 werden zahlreiche junge MitarbeiterInnen eingestellt. Viele der bis zu 40 Jahre im Betrieb beschäftigten

ArbeitnehmerInnen wurden aufgefordert, auf bis zu 30 Prozent ihres Gehalts zu verzichten oder zu einvernehmlichen Auflösungen ihrer Dienstverhältnisse überredet. 70 ArbeitnehmerInnen wurden schließlich beim AMS zur Kündigung angemeldet. Rund 50 von ihnen sind älter als 50 Jahre.

Und das, obwohl in Mitarbeiterinformationen betont wird, auf welchem wirtschaftlichem Kurs das Unternehmen sei, und dass für 2013 weitere Neuaufnahmen geplant seien.

Die Anwendung des bestehenden Sozialplans wurde einem Großteil der Betroffenen verweigert. Deshalb hat der Betriebsrat gemeinsam mit der GPA-djp die Einrichtung einer Schlichtungsstelle beim Arbeits- und Sozialgericht beantragt. Betriebsrat und Gewerkschaft arbeiten Hand in

Hand für den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze bzw. für eine finanzielle Abfederung für die Betroffenen und bekämpfen die Kündigungsverfahren. „Hier werden ältere MitarbeiterInnen ohne zwingenden Grund entlassen und durch jüngere ersetzt, ein klarer Fall von Altersdiskriminierung. Dagegen reichen wir Klage ein“, sagt GPA-djp-Sekretär Martin Horvath.

Die Kündigungsverfahren werden vor dem Arbeitsgericht angefochten: „Einen Fall haben wir schon außergerichtlich positiv abgeschlossen und eine ordentliche Stange Geld erkämpft“, freut sich Horvath. Weitere Fälle warten bereits auf ihre Verfahren. „Die Beschäftigten können sich auf die volle Unterstützung durch die Gewerkschaft und den Betriebsrat verlassen“, versichert Martin Horvath. ■

¹ Name von der Redaktion geändert



© Kaarsten - Fotolia.com

Zwangsbeschaller 2012: Hollister Europapark

Die Negativauszeichnung für das lauteste Geschäft ging nach Salzburg.

Hollister ist „Zwangsbeschaller 2012“. Mit diesem wenig schmeichelhaften Titel wurde eine Filiale der Textilkette im Salzburger Europapark im Dezember 2012 ausgezeichnet. Den Negativpreis verleihen jährlich die GPA-djp als Vertretung der Handelsangestellten und die von der Linzer Initiative Hörstadt getragene Kampagne „Beschallungsfrei – Gegen Zwangsbeschallung“.

„Bei Testkäufen wurden dort Schallpegelwerte bis zu 99 Dezibel gemessen“, erklärte Kampagnensprecher Peter Androsch, „das entspricht der akustischen Leistung einer Kreissäge.“ Derartige Belas-

tungen seien dafür verantwortlich, dass jeder/jede fünfte ÖsterreicherIn über 14 Jahren irreparabel hörgeschädigt sei.

Bundesweit wurde die Lautstärke der Musik in rund 320 Geschäften gemessen. Die Hintergrundmusik verdient in fast allen Fällen diese Bezeichnung nicht. „Wir werden auch in Zukunft darauf aufmerksam machen, dass diese Zwangsbeschallung von ArbeitnehmerInnen und KundInnen nicht nur eine Zumutung ist, sondern vor allem ein gesundheitsschädlicher Stressfaktor erster Güte“, betont der Geschäftsführer der GPA-djp Salzburg Gerald Forcher.

Erfolgreicher KV-Abschluss in der IT-Branche

Mindestgrundgehälter steigen um 2,94 Prozent

Die Kollektivvertragsverhandlungen für die etwa 40.000 Beschäftigten der IT-Branche konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Die Mindestgrundgehälter werden um durchschnittlich 2,94 Prozent erhöht, die Ist-Gehaltssumme wird um 2,8 Prozent erhöht. Die Lehrlingsentschädigung steigt um 3,0 Prozent. Im rahmenrechtlichen Teil des Kollektivvertrages wurden Klarstellungen bezüglich Arbeitnehmerbegriff, Dienstreisen und Ist-Erhöhung getroffen.

E-Wirtschaft: Plus 3 Prozent



© Gina Sanders, Fotolia.com

Die Kollektivvertragsverhandlungen für die Beschäftigten der österreichischen Elektrizitätswirtschaft konnten bereits nach zwei Verhandlungsrunden erfolgreich abgeschlossen werden. Nach fairen und konstruktiv geführten Verhandlungen sichert das Ergebnis einen angemessenen Lohn- und Gehaltsabschluss, abgestimmt auf das wirtschaftliche Umfeld der Branche.

Die Löhne und Gehälter der Branche steigen mit 1. Februar zwischen 3,2 und 2,8 Prozent, wobei die niedrigeren Gehaltsgruppen stärker berücksichtigt werden.

Der Kollektivvertrag, der zwischen GPA-djp, der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) und Oesterreichs Energie ausverhandelt wurde, gilt für rund 16.000 ArbeitnehmerInnen der heimischen Elektrizitätsunternehmen. Alle Verhandlungspartner zeigten sich nach Abschluss der Gespräche mit dem Ergebnis zufrieden und vereinbarten außerdem Gespräche zum Thema „lebensphasengerechte Arbeitszeitmodelle“.



© psdesign1 - Fotolia.com

Mehr Schutz für die Psyche

Das novellierte Gesetz zum Schutz der ArbeitnehmerInnen definiert Gesundheit nun sowohl physisch als auch psychisch. Das ist ein wesentlicher Fortschritt für die Beschäftigten.

Von Andrea Rogy

Steter Tropfen höhlt den Stein. Mit viel Kraft und Nachdruck forderte die GPA-djp in den vergangenen Jahren Verbesserungen beim Schutz der ArbeitnehmerInnen. Konkret ging es darum, psychische Belastungen am Arbeitsplatz zu verringern oder am besten gar nicht erst entstehen zu lassen.

Das überarbeitete Gesetz zum Schutz von ArbeitnehmerInnen (ASchG) legt nun die Verpflichtung der Arbeitgeber fest, psychische Belastungen und Gefahren zu beseitigen und zu verhindern. Die sogenannte Evaluierungspflicht schreibt vor, dass belastende Faktoren erhoben und verändert wer-

den müssen. Das Gesetz verbessert auch die Möglichkeiten, Arbeits- und OrganisationspsychologInnen miteinzubeziehen, um Maßnahmen zu vereinbaren, die eine psychisch krank machende Arbeitssituation beseitigen.

Schutz vor psychischen Belastungen

„Die verpflichtende Überprüfung der Arbeitsbedingungen auf psychisch belastende Faktoren ist eine zentrale Neuerung und Verbesserung für die Beschäftigten“, erklärt Isabel Koberwein, Expertin für ArbeitnehmerInnenschutz in der GPA-djp. Zwar waren die Arbeitge-

ber schon bisher dazu verpflichtet, für Sicherheit und Gesundheitsschutz der ArbeitnehmerInnen zu sorgen. Das bezog sich aber vor allem auf körperliche Gefahren und Belastungen. Der Schutz vor gefährlichen Arbeitsstoffen oder Arbeitsvorgängen konnte – meist durch technische Maßnahmen – relativ einfach umgesetzt werden. Maßnahmen zur Vermeidung psychischer Belastungen erfordern oftmals organisatorische Veränderungen, die in der Vergangenheit schwieriger durchgesetzt werden konnten.

Das novellierte Gesetz erweitert die Verpflichtung der Arbeitgebe-

innen zur Gefahrenverhütung (§ 7 ASchG) und zum Gesundheitsschutz (§§ 2, 4 ASchG) um die psychischen Arbeitsbelastungen: Unter Gesundheit wird fortan sowohl die physische als auch die psychische Gesundheit verstanden. Ebenso werden Gefahren als arbeitsbedingte physische und psychische Belastungen definiert.

Krankmacher

Arbeitsbedingte psychische Fehlbelastungen entstehen dann, wenn die Anforderungen und die Möglichkeiten sie zu bewältigen nicht zusammenpassen. Das kann durch Arbeitsverdichtung, durch zunehmenden Zeit- und Termindruck, durch unpassende Kommunikationsabläufe oder auch durch fehlende Handlungs- und Beteiligungsmöglichkeiten der Beschäftigten geschehen. Dauert dieses Ungleichgewicht länger an, führt es zu kurz- und langfristigen Fehlbeanspruchungen. Und das macht krank.

Die Folge sind steigende Krankenzustände, mehr Arbeitsunfälle, Demotivation, Konflikte im Betrieb, Mobbing oder erhöhte Fehlerhäufigkeit. Neben psychischen Beschwerden können durch länger andauernde unangenehme und belastende Arbeitsbedingungen auch viele körperliche Erkrankungen ausgelöst oder verstärkt werden, dazu gehören besonders Stoffwechselstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Muskel-Skelett-Leiden.

Belastungen als Gefahr

Auch die Grundsätze zur Verhütung von Gefahren werden im novellierten Gesetz auf mögliche psychische Belastungen hin präzisiert. Gefahren werden als arbeitsbedingte physische und psychische Belastun-

gen definiert. Deswegen müssen die Art der Tätigkeit und die Gestaltung der Arbeitsaufgaben künftig berücksichtigt werden, wenn es um die Gestaltung der Arbeitsstätten, der Arbeitsplätze und der Arbeitsvorgänge geht sowie auch bei der Auswahl und Verwendung von Arbeitsmitteln und Arbeitsstoffen, beim Einsatz der ArbeitnehmerInnen, der Arbeitsorganisation und bei allen Maßnahmen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen. In der Praxis ergeben sich hier wert-

**Das neue Gesetz
bietet mehr Schutz
vor Belastungen.**

volle Lösungsansätze und Handlungsmöglichkeiten, indem z. B. die Führungs- oder Kommunikationskultur geändert werden kann, die Arbeitszeitgestaltung optimiert oder MitarbeiterInnen höher qualifiziert werden.

ArbeitspsychologInnen helfen

ArbeitgeberInnen sind nach der neuen Gesetzeslage dazu verpflichtet, geeignete Fachleute heranzuziehen, die die Belastungen und Gefahren beurteilen und gegensteuernde Maßnahmen festlegen. Als solche werden Arbeitspsycho-

logInnen im Gesetz besonders hervorgehoben. „Durch die verpflichtende Evaluierung psychischer Arbeitsbelastungen wird es nun möglich, die Expertise von ArbeitspsychologInnen häufiger zu nutzen und in Form konkreter betrieblicher Maßnahmen umzusetzen“, erläutert Koberwein.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet zu erheben und zu bewerten, ob und wodurch es im Betrieb zu psychischen Fehlbelastungen kommt, und mit welchen Maßnahmen wirksam und nachhaltig gegensteuert werden kann. Das kann gut mittels Fragebögen und Checklisten abgefragt werden.

Rolle des Betriebsrats

Das beste Gesetz braucht zur tatsächlichen Umsetzung aktive und gewandte BetriebsrätInnen, die es auch anwenden und einfordern. „Wichtig wäre es vor allem, darauf zu schauen, dass die Evaluierungen regelmäßig und nach den gesetzlichen Anforderungen erfolgen“, konkretisiert Koberwein die Rolle der Belegschaftsvertretung. Als Orientierungshilfe kann dabei ein Leitfaden für die Kontrolle der Evaluierung dienen, der von der Arbeitsinspektion entwickelt wurde. Er ist abrufbar unter: www.arbeitsinspektion.gv.at ■



© Jeanette Diel - Fotolia.com



Info

Die Broschüre kann ab März über die Interessengemeinschaft work@professional bestellt werden: www.gpa-djp.at/professional



Attraktivere Arbeitsplätze für die Forschung

Um konkurrenzfähig zu bleiben, muss Europa sich stärker um die Perspektiven junger ForscherInnen bemühen.

Von Barbara Lavaud

Europa hatte sich beim Lissaboner Rat im Jahr 2000 das Ziel gesteckt, die „wettbewerbsfähigste und dynamischste Wissensökonomie der Welt“ zu sein. Um eine solche Vision umzusetzen, braucht es gut ausgebildete junge Menschen, die Perspektiven auf eine gesicherte Berufslaufbahn in Forschung und Entwicklung haben.

Dreizehn Jahre nach Lissabon ist die Vision leider noch weit von der Realität entfernt: Die Mehrheit der AnwärterInnen auf eine Karriere in Forschung und Entwicklung sehen einer unsicheren Zukunft entgegen. „Besonders für junge AkademikerInnen bleibt die Aussicht auf eine glänzende Forschungskarriere eine Illusion“, kritisiert GPA-djp-Sekretär Gerald Musger die Lage, „Sie müssen sich mit prekären Arbeitsbedingungen und schlechten Verträgen herumschlagen.“

Die Folgen dieser Umstände sind dramatisch: vergeudete Kapazitäten, Wissensabfluss und kaum Aussicht auf eine solide Karriereentwicklung.

Um hier Abhilfe zu schaffen, braucht es europaweit verbesserte Rahmenbedingungen für ForscherInnen. „Wenn wir wollen, dass Europa zu einem attraktiven Arbeitsplatz für Forschung und Wissensarbeit wird, brauchen wir gute Arbeits- und Kollektivverträge, und zwar in allen Sektoren des europäischen Forschungsraumes“, erklärt Musger.

Musger betreut in der GPA-djp die Interessengemeinschaft work@professional und engagiert sich als Vizepräsident im Rat der Europäischen Fach- und Führungskräfte EUROCADRES. Er hat das Projekt „Industrial Relations for EU Excellence in Research Sectors“ (IREER),

auf Deutsch „Arbeitsbeziehungen für Exzellenz in den Forschungssektoren“, geleitet.

Gewerkschaften, Arbeitgeber und betriebliche Interessenvertretungen haben in diesem Projekt gemeinsam eine Reihe von Standards für Kollektiv- oder Arbeitsverträge in der Forschung definiert: Gefordert werden sowohl solide Arbeitsverträge (Festanstellungen statt befristeter Verträge oder Werkverträge) und klar definierte und faire Berufsperspektiven (Gehälter, Weiterbildung, Arbeitszeit etc.), aber auch klare Regeln zur Forschungsfreiheit, Ethik oder zu Geheimhaltungsklauseln. Zukunftsperspektive des Projekts ist, so Musger, „die angestrebte Eröffnung eines europäischen Sozialdialogs zu vertraglichen Mindeststandards in den Forschungsbereichen“.

Die Ergebnisse des Projekts werden nun in einer Broschüre publiziert: Junge AkademikerInnen und Fachkräfte, die sich um eine Arbeit als Forscher bewerben, können die Standards als Prüfliste für ihren eigenen Arbeitsvertrag nutzen, ebenso können Betriebsräte oder Gewerkschaften sich daran für die Entwicklung neuer Kollektivverträge orientieren. ■



KOMPETENZ: Neue Erscheinungsweise 6 + 2

Ab 2013 erscheint die KOMPETENZ in sechs Ausgaben plus 2 Sondernummern.

So wie gewohnt werden Sie als unser Mitglied die KOMPETENZ weiterhin als Beilage zur ÖGB-Zeitung „Solidarität“ in ihrem Postkasten vorfinden, doch ab 2013 erscheinen beide Zeitschriften im 2-Monatsrhythmus und damit sechsmal pro Jahr.

Die KOMPETENZ wird zusätzlich zu diesen sechs regulären Nummern, die umfangmäßig und optisch unverändert bleiben, noch jährlich in Form von zwei Sondernummern erscheinen. Diese Sondernummern werden spezielle Themenschwer-

punkte behandeln und/oder sich an spezielle Zielgruppen wenden. Die Sondernummern werden daher nicht immer an alle Mitglieder versandt, sondern manchmal auch nur an die jeweiligen Zielgruppen, z. B. an eine bestimmte Branche.

Auf jeden Fall können aber alle unsere Mitglieder – wie bisher auch schon – alle erschienenen Ausgaben online lesen, sowohl als pdf auf www.gpa-djp.at oder auf dem KOMPETENZ-Blog, der Online-Ausgabe der KOMPETENZ:

www.kompetenz-online.at

Neue Themenzeitschrift zu Arbeit, Bildung, Soziales

Die neue Zeitschrift „Trendreport Arbeit, Bildung, Soziales – Österreich im Europavergleich“ wird dreimal jährlich von der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGF) herausgegeben. Sie widmet sich aktuellen gesellschaftspolitischen Themen und stellt die Lage Österreichs im Europavergleich dar. Das erste Heft ist der Frage „Wie verhindert Europa die Ausgrenzung seiner Jugend?“ gewidmet. Den Link zur kostenlosen elektronischen Zeitschrift erhalten Sie per E-Mail: trendreport@forba.at

Schnee – zu spät zur Arbeit?



Sie können ihren Betrieb wegen starken Schneefalls verspätet oder gar nicht erreichen? Grundsätzlich gilt: Angestellte behalten ihren Entgeltanspruch, wenn sie durch wichtige Gründe ohne ihr Verschulden verhindert sind.

Wenn Sie wegen Unwetters oder Unwetterschäden von ihrem Arbeitsplatz abgeschnitten sind, wird im Regelfall trotzdem Entgelt zustehen. Dasselbe gilt, wenn Angestellte zu spät an ihren Arbeitsplatz gelangen, weil es unwetterbedingt z. B. zu Verspätungen im öffentlichen Verkehr kommt. Die Angestellten müssen aber jede zumutbare Möglichkeit (!) ausschöpfen, um (pünktlich) an ihren Arbeitsplatz zu gelangen. Was zumutbar ist, muss nach den Umständen des Einzelfalls beurteilt werden.

Droht z. B. dem Haus wegen starken Schneefalls Schaden, der durch Schutzmaßnahmen abgewehrt werden kann, so sind Angestellte nicht zur Arbeitsleistung verpflichtet. Der Schutz des Eigentums vor akuter Bedrohung bzw. Schadensbegrenzung gilt gegenüber der Arbeitsverpflichtung im Regelfall als „höherrangiges Gut“.

Mehr dazu: www.gpa-djp.at



© Jeanette Driel, Fotolia.com

Kontoerstgutschrift wird jetzt ins neue Pensionskonto übertragen.

Neu: **Transparentes Pensionskonto**

Klarheit über alle Pensionsansprüche und einen Überblick über die aktuelle Pensionshöhe schafft das neue Pensionskonto.

Von Barbara Lavaud

Einen wesentlichen Schritt für klar verständliche, transparente Darstellung der Pensionshöhe wird die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) bis 2014 umsetzen: Mit einem einheitlichen Pensionskonto für alle Versicherten wird es möglich, alle bisherigen Pensionsansprüche ähnlich wie bei einem Sparbuch einzusehen, und sich einen Überblick über die jährlichen Pensionsansprüche zu verschaffen.

1. Für wen gilt das neue Pensionskonto?

Mit der Einführung des neuen Pensionskontos ab 1. Jänner 2014 wer-

den die Pensionen für alle ab 1. Jänner 1955 geborenen Personen ausschließlich auf Basis eines einzigen Pensionskontosystems berechnet. Die künftige Pensionshöhe wird dadurch verständlicher, transparenter und nachvollziehbarer.

Personen, die ab 1. Jänner 1955 geboren sind und bis zum 31. Dezember 2004 mindestens ein Versicherungsmonat erworben haben, erhalten eine Kontoerstgutschrift: Die bis Ende 2013 erworbenen Versicherungsmonate werden zusammengeführt und als Kontoerstgutschrift ins neue Pensionskonto übertragen. Ab 1. Jänner 2014 gibt es keine andere Pensionsberech-

nung mehr, es gilt ausschließlich die Berechnung mit dem neuen Pensionskonto.

Für Personen, die bis 31. Dezember 1954 geboren sind, ist das neue Pensionskonto nicht vorgesehen. Diese Pensionen werden nach den Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes berechnet.

2. Was sind die Vorteile des neuen Systems?

Mit der Einführung des neuen Pensionskontos ab 1.1.2014 wird Ihre Pensionshöhe auf Basis eines einzigen Pensionskontosystems berech-

net. Dadurch haben Sie jederzeit eine klare Übersicht über Ihre zukünftige Pension und genießen noch mehr Transparenz.

3. Wie funktioniert das neue Modell?

Das neue Pensionskonto beruht auf einem klar nachvollziehbaren Bonus-Malus-Modell. Wer länger arbeitet, wird für seine Leistungen belohnt und erhält mehr Pension, bei früherem Pensionsantritt kommen Abschläge zum Tragen und es wird somit weniger Pension ausbezahlt.

Die Versicherten haben mit dem Pensionskonto jederzeit einen Überblick über die aktuelle Höhe ihrer Pension. Hat ein Versicherter sein Pensionsalter erreicht und überlegt in naher Zukunft in Pension zu gehen, so kann er künftig auf sein klar strukturiertes Pensionskonto zugreifen und sofort herauslesen, wie hoch seine monatliche Pension ausfallen wird.

4. Was erwartet Sie 2014?

Zum Jänner 2014 errechnet die Pensionsversicherungsanstalt eine vor-

läufige Pensionskonto-Gutschrift, in die alle bisher erworbenen Pensionsansprüche miteinbezogen werden. Die PVA wird ihre Versicherten umgehend über die vorläufige Gutschrift informieren.

Die vorläufig errechnete Pensionsgutschrift, auch Kontoerstgutschrift genannt, wird angepasst, sobald alle relevanten Versicherten-daten erhoben worden sind.

5. Wo und wie kann ich den Stand meines Pensionskontos abfragen?

Nach Erhalt Ihrer Pensionskontomitteilung können Sie den Stand Ihres Pensionskontos auf Antrag vom Pensionsversicherungsträger zugeschickt erhalten oder online einsehen.

Für die Online-Abfrage benötigen Sie eine Handy-Signatur oder eine Bürgerkarte!

6. Kann man sich auf das Pensionskonto eingezahlte Beiträge auszahlen lassen?

Nein, denn das neue Pensionskonto ist kein Sparbuch, auf dem einge-

zahlte Beiträge verzinst werden, sondern eine Berechnungsgrundlage für Ihre Pension. Diese bleibt weiterhin umlagefinanziert.

7. Wer sind die Versicherungsträger in Österreich?

In Österreich gibt es fünf Pensionsversicherungsträger, die für unterschiedliche Berufsgruppen zuständig sind: PVA – Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Angestellten, SVA – Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft, VA.d.ö.N. – Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats, VAEB – Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau, SVB – Sozialversicherungsanstalt der Bauern.

Als unselbstständig Erwerbstätige/r sind Sie bei der PVA versichert. ■

Infos:

www.neuespensionskonto.at

Service Hotline 05 03 03 / 87000

In fünf Schritten zum neuen Pensionskonto

1. Alle ab 1955 geborenen Personen mit Lücken im Versicherungsverlauf erhalten automatisch im Jahr 2013 ein Schreiben der Pensionsversicherungsanstalt.

2. Im Formular „Antrag auf Ergänzung der Versicherungszeiten zur Feststellung der Kontoerstgutschrift zum 1. Jänner 2014“ sind die Versicherungslücken zu ergänzen. Dieses ist vollständig ausgefüllt mit dem beigelegten Rückantwortkuvert

zu retournieren. Nur dann kann gewährleistet werden, dass die Pension in der richtigen Höhe berechnet wird. Auch wenn der Versicherungsdatenauszug vollständig ist, ist es sehr wichtig, diesen unterschrieben an die Pensionsversicherungsanstalt zurückzusenden. Nur dann kann eine endgültige Kontoerstgutschrift errechnet werden.

3. Nach Feststellung des gesamten Versicherungsverlaufes wird eine entsprechende Mitteilung

über die in Österreich erworbenen Versicherungszeiten zugesandt.

4. Das neue Pensionskonto wird anschließend erstellt. Im Jahr 2014 wird automatisch die Höhe der Kontoerstgutschrift schriftlich mitgeteilt.

5. Nach Erhalt der Pensionskontomitteilung ist das neue Pensionskonto auf dem aktuellen Stand und kann jederzeit eingesehen werden.



Schöne Aussichten: Kostengünstiges Wohnen kann auch optisch ansprechen.

174 preiswerte smarte Wohnungen

In Wien Favoriten errichtet die WBV-GPA ab Frühjahr 2013 in der Quellenstraße 2 eine Wohnhausanlage mit insgesamt 174 Wohneinheiten und einem Kindertagesheim.

Von Michael Gehbauer

Seit einigen Jahren beschäftigt die gemeinnützigen Bauträger die Frage, wie der Wohnbau noch kostengünstiger zu gestalten sei. Ohne Zweifel haben Größe und Qualität der Ausstattung der Wohnungen in den vergangenen Jahren enorm zugenommen. Außerdem haben neue technische Anforderungen und Normen im Bereich des Brandschutzes sowie der Barrierefreiheit die Baukosten in die Höhe getrieben. Aufgrund des derzeit bestehenden Immobilienbooms wird es auch immer schwieriger, Grundstücke zu finden, die aufgrund des Kaufpreises für den geförderten Wohnbau geeignet sind. Bekannterweise

ist ja die Gewährung von Wohnbauförderungsmitteln an Angemessenheitsgrenzen beim Erwerb von Grundstücken gebunden.

Effiziente Planung

Eine Möglichkeit, die Kosten zu senken, ist die Schaffung von kompakten Baukörpern und effizienten Grundrissen. So realisiert das beauftragte Architekturbüro Neumann + Partner die Planung der Wohngebäude in der Quellenstraße 2 in Form einer modifizierten Blockrandbebauung entsprechend dem städtebaulichen Kontext der Leitlinie Otto Wagners. Der Blockrand wird auf der Südseite

geöffnet und bildet im Inneren einen Hof. Diese Bebauungsstruktur gewährleistet ein günstiges Verhältnis zwischen Erschließungs- und Wohnflächen.

174 Wohnungen auf 6 Stiegen und 8 Geschossen

Die Gebäudehöhe umfasst acht Geschosse über der Erde: ein Erdgeschoss mit Eigengartenanteilen, sechs Regelgeschosse und ein Dachgeschoss sowie zwei Tiefgaragen-geschosse. Alle Wohnungen verfügen über zugeordnete Freiräume (Eigengärten, Loggien, Balkone oder Terrassen).

Smarte Wohnungsgrundrisse

Der Wohnungsmix nimmt auf die geänderte Nachfragestruktur der Wohnungssuchenden Rücksicht. So überwiegt der Anteil der 2-Zimmer-Wohnungen mit ca. 45 %, 3-Zimmer-Wohnungen nehmen einen Anteil von ca. 30 % und 4-Zimmer-Wohnungen von ca. 20 % ein. Die 2-Zimmer-Wohnungen sind mit durchschnittlich unter 50 m² Wohnnutzfläche besonders flächeneffizient. Es gibt sogar einen Wohnungstyp mit 46 m² Wohnnutzfläche, der den aktuellen Anforderungen der Smart-Wohnungen mehr als erfüllt.

Kindertagesheim im Haus

Im Erdgeschoss ist ein viergruppiger Kindergarten im Ausmaß von ca. 700 m² untergebracht, der direkt von der Quellenstraße erschlossen wird. Betreiber ist der Verein KIWI (Kinder in Wien).

Gemeinschafts- und Nebenräume

Im Innenhof befindet sich ein ca. 50 m² großer Kinderspiel- und Gemeinschaftsraum mit vorgelagerter Gemeinschaftsterrasse, der eine hohe Nutzungsflexibilität aufweist. Weiters steht den BewohnerInnen eine Sauna zur Verfügung. Alle Wohnungen verfügen über Abstellräume oder -nischen im Wohnungsverband sowie Einlagerungsräume im Untergeschoss. Die Kinderwagen- und Fahrradabstellräume sind ebenerdig bei den jeweiligen Stiegenhäusern untergebracht. Alle Stiegenhäuser sind natürlich belichtet und barrierefrei ausgeführt.

Die 169 Tiefgaragenstellplätze, 25 Motorradstellplätze, weitere Fahrradabstellplätze und sämtliche Kellerabteile sind in den beiden Untergeschossen situiert.

Grünraumkonzept und Kinderspielplätze

An der Quellenstraße liegt ein ca. 8 m breiter Vorgartenstreifen, an dem sich ein Spielplatz für Jugendliche befindet. Der Kleinkinderspielplatz ist in der Nähe des Gemeinschaftsraumes untergebracht. Die Kindertagespielfläche ist im Vorgarten unmittelbar angrenzend an die Räumlichkeiten des Kindergartens.

Gaszentralheizung mit Solaranlage

Das Haus wird gemäß einem verbesserten Niedrigenergiehausstandard (HWB niedriger als 25 kWh/m²/a) errichtet. Da die Wohnhausanlage nicht von der Fernwärme versorgt werden kann, wird eine Gaszentralheizung gemeinsam mit einer Solaranlage zur Aufbereitung des Warmwassers errichtet. Pro Wohnung wird eine Paneelfläche von 1 m² auf dem Dach eingeplant.

Zusätzlicher Schwerpunkt auf technische Features

Das Wohnhaus wird aller Voraussicht nach in den Allgemeinräumen mit einer LED-Beleuchtung ausgestattet. Darüber hinaus sollen vier Pkw-Stellplätze für Elektroautos und eine Lademöglichkeit für E-Bikes in der Tiefgarage vorgesehen werden. Weiters wird die Ausstattung der Wohnungen mit Touchscreens zur hausinternen Kommunikation angedacht.

Es soll auch geprüft werden, ob der Einbau von „Smart Grids“ zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen möglich ist.

Finanzierungsbeitrag, Miete & Fertigstellung

Die Wohnungen in der Quellenstraße 2 sind Mietwohnungen mit einer Kaufoption nach zehn Jahren

und verfügen über einen zeitgemäßen hochwertigen Ausstattungsstandard. Der vorläufig kalkulierte Bau- und Grundkostenbeitrag dieser im Rahmen des WWFSG (Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz) geförderten Wohnungen beträgt ca. € 465,- pro m² Wohnnutzfläche. Die Gesamtmiete inkl. Betriebskosten und Umsatzsteuer beträgt ca. € 6,50 pro m² Wohnnutzfläche und Monat. Ein Pkw-Abstellplatz kostet ca. € 56,- pro Monat. Mit der Fertigstellung ist voraussichtlich im Frühjahr 2015 zu rechnen. ■

FREIE WOHNUNGEN

Bestehende Objekte:

- 8761 Pöls, Andreas-Rein-Gasse 10-18/Burgogasse 12-16, 2-5-Zimmer-Wohnungen frei, HWB 144
- 1140 Wien, Linzerstraße 273/1/1/2, 94,71 m², 3-Zimmer-Wohnung, HWB 60,29
- 3002 Purkersdorf, Herrengasse 6/3/13, 120,10 m², 4-Zimmer-Wohnung, HWB 42,1

Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte WBV-GPA-Wohnungsservice – Gassenlokal

1010 Wien
Werdertorgasse 9
Tel.: 01/533 34 14

Internet: www.wbv-gpa.at
E-Mail: wohnungsservice@wbv-gpa.at



© detailblick - Fotolia.com

Kurzurlaub



Eine kurze Auszeit vom Alltag nehmen und einfach abschalten beim Kurzurlaub für zwischendurch, mit der GPA-djp-CARD zu Vorteilspreisen.



© Das Moser

Das Moser ****Traditions-hotel in Bad Hofgastein

Das Hotel, inmitten des charmanten Ortszentrums (Fußgängerzone) von Bad Hofgastein gelegen, verfügt über ein Thermal- und Erlebnisbad mit Sauna und eine Kurabteilung (Gasteiner Kur) und bietet perfekten Service, hervorragende Küche, exquisite Weine, Kur und Wellness und zeitlos elegante Zimmer.

GPA-djp-Mitglieder erhalten folgende Sonderkonditionen:
10 % Ermäßigung/ Hochsaison
15 % Ermäßigung/ Nebensais.

DAS MOSER****
Fam. Wimmer
Kaiser-Franz-Platz 2
5630 Bad Hofgastein
Tel. 06432/ 62 09
E-Mail: info@dasmoser.com
www.dasmoser.com



© Heiltherme Bad Waltersdorf

Verwöhntage im Quellenhotel & Spa****

Tauchen Sie ein in die „Quelle der Ruhe“.

3 Nächtigungen mit Verwöhn-Halbpension (reichhaltiges Frühstücksbuffet, Viergang-Abendwahlenü), „Quellen-oase“, Therme nur für Hotelgäste, direkt angeschlossene Heiltherme Bad Waltersdorf, Gesundheitsprogramm u. v. m. um EUR 312,- statt EUR 345,-.

Preis p. P. im DZ inkl. Kurtaxe. Kategorie nach Verfügbarkeit, EZ-Zuschlag EUR 10,-/Nacht.

Angebot gültig bis 22.12.2013 mit CARD, plus Begleitperson. Ausgenommen 1.-11.7.2013. Quellenhotel & Spa**** Heiltherme Bad Waltersdorf Tel. 03333/500-0 www.heiltherme.at



© Holiday Beach Budapest

HOLIDAY BEACH BUDAPEST****

In einem der schönsten Bezirke von Budapest, unmittelbar an der Donau am Römer-Ufer, erwartet das mehrfach ausgezeichnete Hotel seine Gäste.

Package gültig bis 28. Dez. 2013
Nur EUR 99,- pro Person.

- 2 Übernachtungen im Zweibettzimmer mit Frühstück
- 3-Gänge-Abendessen am ersten Abend
- Benutzung des Fitnessbereiches und der Sauna
- 20-min. Massage
- Stadtrundfahrt: Bus od. Schiff
- bewachter Parkplatz

HOLIDAY BEACH BUDAPEST
1039 Budapest, Piroaska utca 3-5
Tel.: +36/1/436-7160
frontdesk@holidaybeach.hu
www.holidaybeach.hu





© Hotel Oasis Loipersdorf



Hotel Oasis Loipersdorf****

Die ruhige ****OASE an der Therme und dem Golfplatz Loipersdorf mit der schönsten Aussicht ins Thermental!

Package „Zeit zu Zweit“ zwei Nächte, Thermenkarte, Candle-Light-Dinner, prickelnder Sekt, Schokofondue am Zimmer, Teilkörpermassage, Liebesbrief oder Liebesgedicht ab EUR 152,- p. P. im DZ

OASIS-Zuckerl: hoteleigene Kräutersauna, Wellness-Fitness- und Aufenthaltsraum, Home-Cinema, Kaffeejause, GRATIS Internet. Sensationelle Green-Fee-Ermäßigungen und spez. Massagen im Haus.

Hotel Oasis Loipersdorf****
Oberhenndorf 27
8380 Jennersdorf
www.hotel-oasis.at

© Therme Nova



Therme NOVA

Spüre deine Seele lächeln! Den Tropenwald erleben, in der versteckten Dampfgrotte in Badebekleidung saunieren, im Wasserfall mit Kieselbucht kneipen, im Thermenbecken entspannen, im Saunabereich über zwei Deckebenen bei einzigartigem Panoramablick Spezialaufgüsse genießen, im Indoor-Sportbad auf 4 x 25 Meter-Bahnen einige Längen schwimmen.

Für GPA-djp-Mitglieder und eine Begleitperson -10 % auf:

- Thermenbesuche von Montag bis Sonntag (ohne Sauna)
- Zimmerpreise im ****Hotel NOVA (ausg. Paketangebote)

Hotel & Therme NOVA
An der Quelle 1, 8580 Köflach
Tel. 03144/701 00-0
www.novakoeflach.at

© Feiken



Privatzimmer Feiken

Im oberen Donautal, zwischen Passau (35 km) und Linz (50 km), nahe der Donauschlinge (5 km) direkt an der Donau werden Sie begeistert sein von der ruhige Lage und dem grandiosen Donaublick von der Dachterrasse. Radfahren am Donauradweg, Wanderungen am Donausteig können Sie mit einer Schifffahrt kombinieren.

€ 26,- p. P./Tag, inkl. Frühstücksbuffet. Kinderermäßigung Ermäßigung bei längerem Aufenthalt, kein EZ-Zuschlag

20 % Ermäßigung für GPA-djp-Mitglieder bei Direktbuchung:

Privatzimmer Feiken
4085 Wesenufer Nr. 65
Tel. 0664/326 74 70
feiken@pension-donaublick.at
www.oberoesterreich.at/feiken



Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card
Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr.: 05 03 01-301, E-Mail: service@gpa-djp.at



© Netzer Johannes - Fotolia.com



Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen!

Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1

Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel

Einsendeschluss: 24.2.2013. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

© Bettina Fenzel



25. Feb. bis 2. März 2013

gg Kabarettistinnenfestival KosmosTheater

Nach langen Jahren kabarettistischer Dürre – bedauerlicherweise hatte sich das politische Kabarett in Richtung Comedy und/oder Maskulinismus verabschiedet – rocken endlich wieder scharfzüngige, rotzige, hinterfotzige Kabarettistinnen die Szene.
Karten: 01/523 12 26
Info: www.kosmostheater.at

© Shen Yun Performing Arts 2013



1. + 2. März 2013

Shen Yun Wiener Stadthalle, Halle F

Renaissance von 5000 Jahren Zivilisation. Shen Yun präsentiert den klassisch chinesischen Tanz, ethnische Tänze, Volkstänze, alte Legenden und moderne Geschichten, die von Mut und Tapferkeit erzählen mit Live-Orchester.
de.shenyunperformingarts.org
Karten: tickets@arscara.at

© Solis Music



15. + 16. März 2013

Musical Affair Leoben und Voitsberg

Lassen Sie sich ein auf eine Affäre mit der Musik und genießen Sie die besten und erfolgreichsten Musicals aller Zeiten.

Ermäßigte Karten unter:
office@styria-concerts.at oder
Tel. 0676/558 06 00
Mit der CARD:
EUR 25,- statt 32,-

© Märzinger



16. März 2013

Steirerinnen san very good Kindberg – Volkshaus

Im diesem Musical wird eine berührende Liebesgeschichte mit leidenschaftlichen Darstellern und Tänzern gekonnt in Szene gesetzt und mit bekannten Ohrwürmern garniert.

Ermäßigte Karten unter:
office@styria-concerts.at
oder Tel. Nr. 0676/558 06 00

© Komödie am Kai



Bis 27. April 2013

ankomme diensttag – stop – fall nicht in ohnmacht Komödie am Kai

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlägt die Nachricht von der Ankunft des seit Jahren verschollenen Ehemannes in dieser grandiosen Verwechslungskomödie von Jean Stuart ein.
Info: www.komoedieamkai.at
Karten: 01/533 24 34
20 % CARD-Ermäßigung

© DE Event



12. Mai 2013

Muttertagsgala „Die Peter Grimberg Show“ Wiener Stadthalle, Halle F

Die Gala bietet alles von Schlager bis Musical, von Swing bis zur Operette. Erleben Sie Dagmar Koller, Waltraut Haas, Fred Bertelmann, Bill Ramsey und Überraschungsgäste.

Karten: 01/743 52 50
€ 5,- CARD-Ermäßigung

Atlas der Globalisierung: Die Welt von morgen. Le Monde diplomatique.

Hg. Barbara Bauer, Vorwort Serge Halimi, Cartographier Philippe Rekacewicz. Broschiert 14,40 Euro. Gebundene Ausg. 24,70 Euro.

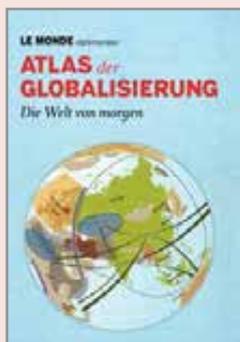
Der neue Atlas der Globalisierung beschreibt sich selbst als der „beste politische Reiseführer durch die Welt“. Was in dieser kompakten Form sicher zutrifft! Denn allein die Infografiken schaffen es, geopolitische Vorgänge bzw. Veränderungen in einer sehr begreifbaren und attraktiven Form zu vermitteln.

Der vierte große „Atlas der Globalisierung“ von Le Monde diplomatique führt durch die Welt von morgen.

Es handelt sich nicht um einen herkömmlichen Atlas, der die geographische Welt abbildet (und er hat in diesem Sinne auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit), es werden vielmehr die politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre grafisch aufbereitet und verständlich erklärt.

Der Atlas geht Fragen nach wie: Wer bekommt die Seltenen Erden aus China? Was machen die Neonazis in Europa? Welche Folgen hat der Landraub für Afrika? Wie verändert der Drogenkrieg die

Staaten Mittelamerikas? Auch für alle empfehlenswert, die sich für Zukunftsthemen interessieren.



Die Krisenmacher: Bürger, Banken und Banditen.

Hg. Nicola Liebert. Edition Le monde diplomatique Nr. 12/2012. 8,80 Euro.

Die Sorgen und Ängste vieler Menschen, wie die Angst vor Arbeitslosigkeit und ökonomischem Abstieg oder das fehlende Gefühl sozialer Sicherheit, ließen sich vor rund einem Jahrzehnt in ein Wort fassen: Globalisierung. Jetzt, nach Ausbruch einer Finanzkrise macht ein neuer Begriff Karriere: Er lautet Finanzialisierung. Gemeint ist damit eine Entwicklung, deren Beginn man in den 1990er-Jahren ansetzen kann und die sich nach

dem Zusammenbruch der „New Economy“ stark beschleunigte. In der Edition LMD No.12 wird jedoch nicht nur die Krise dargestellt, und wie es sich darin lebt, sondern es wird auch gezeigt, wie es dazu kommen konnte und wie sich der Finanzkapitalismus überhaupt erst entwickelt hat. Wer ist eigentlich „der Markt“, lautet eine der Fragen, auf die hier eine Antwort versucht wird. Es werden einige der Macher vorgestellt, die in Politik und Hochfinanz gleichermaßen zu Hause sind und die oft genug aus dubiosen Schattenfinanzplätzen heraus agieren. Und es gibt auch einen Ausblick darauf, welche Wege aus der verfahrenen Lage wieder hinausführen könnten. Mit Beiträgen von Elmar Altvater, Nicola Liebert, Ulrike Herrmann, David Graeber, Slavoj Zizek u. a.



Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Grundlegende Richtung:

Das Medium dient der Information über alle gewerkschaftlichen und nichtgewerkschaftlichen Aktivitäten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die in den Statuten und der Geschäftsordnung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (Fassung gemäß Beschluss durch den 17. Bundeskongress des ÖGB) festgehalten sind.

Unternehmensgegenstand:

Herstellung und Verbreitung sowie der Verlag literarischer Werke aller Art, insbesondere von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Kunstblättern, Lehrmitteln und Buchkalendern; die Erbringung von Dienstleistungen in der Informationstechnik, der Handel mit dem Betriebsgegenstand dienenden Waren sowie das Ausüben der Tätigkeiten einer Werbeagentur.

Vertretungsbefugte Organe: Mag. Gerhard Bröthaler, MBA, DI (FH) Roman Grandits

Beteiligungs-, Anteils- und Stimmrechtsverhältnisse:
ÖGB Beteiligungsgesellschaft m.b.H. mit 100-%iger Beteiligung und Stimmberechtigung. An dieser beteiligt: Österreichischer Gewerkschaftsbund mit 51-% und Österreichische Gewerkschaftliche Solidarität Privatstiftung mit 49-%.





2 Monats-
prämien
sichern!*

Es kann jeden treffen – sichern Sie Ihre Existenz ab!

Sie haben hart für Ihren Lebensstandard gearbeitet.
Eine Krankheit oder sogar Berufsunfähigkeit ist ein Schicksalsschlag.
Mit der Berufs- oder Körperkasko der Allianz sorgen Sie optimal vor!

Weitere Informationen finden Sie auf www.allianz.at/gpa



Hoffentlich Allianz.

Allianz 

* Aktion gültig von Februar bis April 2013. Nur in Verbindung mit Abschluss einer Allianz Berufs- oder Körperkasko. Limitiert auf die ersten 300 Verträge. Verträge, die zum 31.12.2013 aufrecht sind, erhalten die Jänner- und Februar-Prämie des Folgejahres erstattet.